



Zur Diskussion eines „einseitigen Rückzugs“: Die Lage in Israel nach der Tötung von Scheich Jassin

Nach der „gezielten Tötung“ von Hamas-Oberhaupt Scheich Ahmed Jassin am 16. März 2004 stellt sich die Frage, ob die Regierung von Ministerpräsident Ariel Scharon ihre politische Strategie geändert hat. Insbesondere in Europa werden unabgestimmte Aktionen Israels befürchtet mit unabsehbaren Konsequenzen – in der Nahostregion und darüber hinaus. Die Politik Scharons ist jedoch in ihren wichtigsten Ansätzen unverändert:

- Klare Trennung von den Palästinensern nach Maßgabe israelischer Sicherheitsbedürfnisse. Die sog. Grüne Linie ist dabei nicht bindend.
- Akzeptanz eines palästinensischen Staates, ähnlich wie in der *Road Map* gefordert, allerdings mit zusätzlichen israelischen Sicherheitsauflagen.
- Keine Verhandlungen mit Präsident Jassir Arafat; höchstens mit einem vom palästinensischen Parlament bestätigten Ministerpräsidenten, der Willen zur Reform der Sicherheitskräfte und Bekämpfung von Hamas, Islamischer Jihad und Al Aksa-Brigaden bewiesen hat.
- Keine Verhandlungen mit Hamas und Jihad, sondern deren systematische Schwächung. „Gezielte Tötung“ ihrer Führungseliten wird dabei als militärische Variante angesehen.
- Enge Abstimmung mit den USA in allen relevanten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Fragen.

Seit Anfang 2004 steht darüber hinaus der sog. *Disengagement-Plan* Scharons im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, während der Mord an Scheich Jassin und seine Konsequenzen für den israelisch-palästinensischen Konflikt eine untergeordnete Rolle spielen. Im folgenden soll dieser Plan in die innenpolitische Debatte in Israel eingeordnet werden.

Der *Disengagement-Plan* der Regierung Scharon

Kennzeichnend für die Politik der Regierung Scharon seit ihrem Amtsantritt im Februar 2003 ist ein faktischer Stillstand im sog. Friedensprozess – trotz einiger auch aus der israelischen Gesellschaft heraus entwickelten Friedensinitiativen wie z.B. der Genfer Initiative und ungeachtet des politischen Drucks von seiten der US-Administration. Der Leiter des Ministerpräsidentenbüros, Dov Weissglass, reiste von Zeit zu Zeit zu Sondierungsgesprächen nach Washington, wobei es meist um Fragen zum Verlauf des Sicherheitszauns ging.¹ Entscheidendes – wie z.B. ein Abzug aus der Westbank und dem Gazastreifen, wie es die *Road Map* vorsieht – geschah für die öffentliche Wahrnehmung je doch

nicht, zumal die palästinensische Seite nicht bereit schien zu Zugeständnissen bei Sicherheitsfragen.

Ende letzten Jahres allerdings schien Bewegung in Scharons Politik gegenüber den Palästinensern gekommen zu sein: In seiner Rede zum Abschluss der Herzliya-Konferenz² am 16. Dezember 2003 erklärte er noch etwas unbestimmt, aber deutlich vernehmbar, dass Israel nach vergeblicher Suche nach Verhandlungspartnern nunmehr einseitig alle Siedlungen in Gaza räumen und die Truppen abziehen werde. Darüber hinaus könnten auch einige Siedlungen im Nordwesten der Westbank in den sog. *Disengagement-Plan* eingebunden werden.³ Zudem stellte er

² Die Herzliya-Konferenz wird jährlich von der privaten Elite-Hochschule Interdisciplinary Center Herzliya ausgerichtet und seit kurzem auch von der FES mitgestaltet. Sie gilt als bedeutendstes innen- und sicherheitspolitisches Ereignis der israelischen Führungseliten. Scharon hat sich zur Gewohnheit gemacht, wichtige politische Grundsatzenscheidungen zunächst diesem – privaten – Zirkel mitzuteilen, was unter Knesset-Abgeordneten zu heftiger Kritik führte.

³ Zur Bandbreite möglicher Interpretationen des von Scharon vorgeschlagenen einseitigen Abzugs („Disengagement“) vgl. eine Serie von Kommentaren in den Tageszeitungen Maariv und Haaretz im Februar und März 2004.

¹ Dieser Tage zeichnet sich ein Kompromiss ab, der im wesentlichen Scharons Vorstellungen über den Verlauf der Sicherheitsanlage bestätigt und lediglich eine „Vision“ für künftige Veränderungen offen hält. Vgl. u.a. Haaretz 31.03.2004.

den Gaza-Siedlern Gespräche über Kompensationen zu Lasten von palästinensischen Gebieten in der Westbank in Aussicht, was von US-Seite allerdings sofort entschieden abgelehnt wurde.

Eindeutig hingegen wurde der militärische Druck auf den Gazastreifen verstärkt: Die Angriffe auf angebliche Waffenschmieden in Gaza-City, Rafah und anderen Orten, sowie die Suche nach Tunneln für Waffenschmuggler aus Ägypten forderten zahlreiche Todesopfer auf palästinensischer Seite. Es schien als wolle Scharon sowohl die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) als auch die Terrororganisationen Hamas und Islamischer Jihad militärisch empfindlich schwächen, um ihnen dann später, nach dem Truppenabzug, seine politischen Bedingungen und Sicherheitsvorstellungen diktieren zu können. Außerdem will Scharon auf jeden Fall vermeiden, beim militärischen Auszug aus Gaza „geschlagen“ zu wirken.

Bis heute ist aber in der israelischen Öffentlichkeit nicht klar, was genau „Disengagement“ eigentlich bedeutet: Heißt es Abzug aller Siedler bzw. Zivilisten und des Militärs? Oder sollen nur der Siedlungsblock Gush Katif und die außerhalb des Blocks gelegene Siedlung Nezarim geräumt, die drei unmittelbar an der Nordgrenze des Gazastreifens gelegenen Siedlungen und die militärischen Posten jedoch weiter besetzt bleiben? Wie stellt sich Scharon die Übernahme von Sicherheitsaufgaben durch palästinensische Polizeieinheiten vor, die dann auch Hamas und Jihad zu kontrollieren hätten? Soll der PA die gesamte Verantwortung überlassen werden, mithin Arafat

oder zumindest Ministerpräsident Kurei akzeptiert werden? Diese und viele andere Fragen sind bis heute unbeantwortet. Zwar wird der Plan über einen möglichen einseitigen Rückzug heftig diskutiert, gesehen hat den *Disengagement*- oder auch Scharon-Plan bislang jedoch niemand, wie Yossi Beilin, Vorsitzender der neugegründeten Linkspartei Yachad, mehrfach kritisierte.

Ein weiteres ungelöstes Problem sind die Siedlungsblöcke in der Westbank, z.T. mittelgroße Städte wie Ariel, die nicht zurückgegeben werden, sondern bei Israel verbleiben sollen. Annektierungen will die amerikanische Seite aber nicht tolerieren; eine Mehrheit der israelischen Bevölkerung hingegen spricht sich deutlich dafür aus. Möglicherweise will Scharon die Siedlungsblöcke als Faustpfand im Tausch für andere zu räumende Siedlungen nutzen.

In die seit Jahresbeginn laufenden, im wesentlichen militärischen Vorbereitungen eines einseitigen Rückzugs platzt nun die Nachricht von der Tötung Scheich Jassins durch israelische Militärs. Sie war lange Zeit kaum vorstellbar, da Jassin trotz seiner Radikalität noch immer als einer der wenigen möglichen Ansprechpartner bei Hamas galt und seine geistliche Autorität ihm einen beinahe unangreifbaren Nimbus verlieh. Die Mehrheit der Israelis – rund 60% laut Haaretz vom 18. März – begrüßt den Tod des Hamas-Oberhauptes, wenngleich Zeitpunkt und Methode von manchen kritisiert wird. So stimmten Innenminister Poraz und Justizminister Lapid von der liberalen Shinui-Partei gegen die Aktion.

Der Politologe Matti Steinberg betonte im Rahmen eines Symposiums über die Konsequenzen von Scheich Jassins Tod, dass definitiv mit einer Verschärfung des Terrors von Hamas zu rechnen ist. Außerdem sei ein potenzieller Verhandlungspartner damit endgültig verloren.⁴ Der andere mögliche Partner, die Palästinensische Autonomiebehörde, sei nun erst recht angeschlagen und müsse um seine Anerkennung bei der Bevölkerung ringen. Auch eine Ermordung Arafats, bislang noch unter dem „Schutz“ der US-Regierung, die größere internationale Turbulenzen im Falle seines gewaltsamen Todes befürchtet, will Scharon nicht mehr ausschließen. In den Zeitungen finden sich bereits Gedankenspiele über Perspektiven des Nahost-Konflikts post Arafat – bzw. mit Arafat als Märtyrer.⁵

Bei der israelischen Bevölkerung wächst die Furcht vor Racheakten gewaltbereiter Islamisten, insbesondere um das bevorstehende Pessach-Fest herum. Befürchtet wird, dass diese nicht nur aus den besetzten Gebieten kommen könnten, sondern nunmehr auf internationaler Ebene von Al Qaida unterstützt werden.

Der *Disengagement*-Plan und die israelische Linke

Und wie verhalten sich nun die politischen Parteien in Regierung und Opposition angesichts der Diskussion um einen einseitigen Rückzug? Von der israelischen Linken wird die Idee

⁴ Vgl. Jedioth Achronot, 29./30.3.2004.

⁵ Vgl. Haaretz und International Herald Tribune 2.4.2004.

eines einseitigen Rückzugs aus dem Gazastreifen grundsätzlich unterstützt. Bereits Amram Mitzna, damals Vorsitzender der Arbeitspartei (*Israeli Labour Party* ILP), kündigte vor den letzten Wahlen zur Knesset im Januar 2003 an, sich als potenzieller Ministerpräsident diesen Schritt vorzubehalten, falls sich auf palästinensischer Seite kein Verhandlungspartner fände. Ein Abkommen mit der PA sei zwar vorzuziehen, doch müsse Israel zur Not auch ohne Abkommen handeln, um Reibungsflächen mit der palästinensischen Bevölkerung zu reduzieren.

Diese Position, damals selbst innerhalb der ILP umstritten, ist inzwischen offizielle Parteilinie: Die Parteiführung kündigte wiederholt an, Scharon bei seinem *Disengagement*-Plan zu unterstützen. Ob dies allerdings in der Opposition oder als Regierungspartner geschehen soll, darüber scheiden sich die Geister: Eine nochmalige Beteiligung an einer Regierung unter Ministerpräsident Scharon wie vor 2003 könnte der angeschlagenen Arbeitspartei unter Umständen schweren Schaden zufügen, da für das israelische Wahlvolk eine Wahrnehmung als eigenständige politische Kraft erschwert wird. Daher meinen Vertreter des linken Flügels, z.B. die Abgeordnete Yuli Tamir, es genüge den Plan aus der Opposition heraus zu stärken. Die Idee einer erneuten Regierungsbeteiligung für den Fall eines Scheiterns der jetzigen Koalition stößt innerhalb des ILP-Führungszirkels jedoch auf eine klare Mehrheit. Ein Koalitionsbruch wäre zeitgleich zu einem Beginn des Truppenabzugs aus Gaza – evtl. Anfang 2005 – zu erwarten, da dann die beiden

Rechtsparteien, die Nationalreligiöse Partei und die Partei der Nationalen Einheit, mit großer Wahrscheinlichkeit aus der Regierung ausscheiden würden.

Nach außen zeigt sich der Parteivorsitzende Shimon Peres der Idee einer „Regierung der Nationalen Einheit“ gegenüber, wie sie zuletzt in den Jahren 2000 bis 2002 bestand, eher zurückhaltend. Fast alle Medien berichten allerdings täglich von Verhandlungen zwischen dem ILP-Abgeordneten Haim Ramon und dem Büroleiter Scharons, Dov Weissglass, über mögliche Koalitionsabkommen. Ein tatsächlicher Regierungsbeitritt ist vermutlich noch abhängig von der Entscheidung des israelischen Generalstaatsanwalts Menachem Mazuz, ob Anklage gegen Ministerpräsident Scharon wegen Korruption erhoben wird. In diesem Fall ist allerdings sowieso mit einer schweren Regierungskrise zu rechnen und Neuwahlen sind nicht ausgeschlossen. Die Umsetzung des *Disengagement*-Plans würde dann bis auf weiteres auf Eis gelegt.

Der erst vor wenigen Tagen gewählte Vorsitzende der neuen Linkspartei Yachad, Yossi Beilin, erklärte, seine Partei werde auf keinen Fall der Regierung beitreten, sondern sich damit begnügen, den *Disengagement*-Plan in der Knesset zu unterstützen.

Der *Disengagement*-Plan und der Likud

Größeres Kopfzerbrechen jedoch scheint Scharon seiner eigenen Partei zu bereiten, denn dort gibt es starke Widerstände gegen den Plan, wie zuletzt während des Parteitags am 30. März deutlich wurde. Der Abzug jüdischer

Siedler aus dem Gazastreifen oder anderen jüdisch besiedelten Gebieten widerspricht prinzipiell der Ideologie des Likud. Hinzu kommt, dass Scharon bis vor kurzem für viele Israelis gewissermaßen der „Patron der Siedlungspolitik“ war. Als solcher könne er, so die weit verbreitete Meinung, es niemals zulassen, jüdische Siedlungen aufzugeben, erst recht nicht ohne Gegenleistung.

Zu den schärfsten Kritikern im eigenen Lager zählen Außenminister Silvan Shalom, Gesundheitsminister Danny Naveh und Landwirtschaftsminister Israel Katz. Der stellvertretende Ministerpräsident, Arbeits- und Planungsminister, Ehud Olmert, hingegen befürwortet den Plan. Benjamin Netanjahu, innerhalb des Likud als Scharon-Nachfolger gehandelt, gibt sich in der Frage des einseitigen Rückzugs unentschieden.

Scharon liegt nun daran, eine solide Unterstützung aus den eigenen Reihen zu erhalten. Deshalb hat er die Idee von Minister Katz aufgegriffen, eine Abstimmung unter den rund 200.000 Parteimitgliedern des Likud durchzuführen. Über 50% der Mitglieder befürworten bereits heute den einseitigen Rückzug; weniger als 40% lehnen diesen kategorisch ab. Die Zahl der Unentschiedenen liegt bei ca. 10%. Trotz dieser für Scharon günstigen Ausgangsposition sind die Gegner des Planes entschlossen, parteiintern von den Gefahren des Planes zu überzeugen. Ein Rücktritt von Scharon gilt im Falle einer Abstimmungsniederlage als so gut wie sicher.

Der *Disengagement-Plan* und die USA

Erheblichen Einfluss auf die Entwicklungen in Israel werden die Gespräche Scharons mit US-Präsident Georges W. Bush am 14. April 2004 in Washington haben. Sharon erhofft sich dabei in zentralen Fragen: israelische Siedlungspolitik in der Westbank, Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge, sowie weitere Wirtschafts- und Militärhilfe. Israel fordert von der US-Administration, die drei großen jüdischen Siedlungsblöcke in der Westbank, Ma'ale Adumim, Ariel und Etzion, als Teil des israelischen Kernlandes anzuerkennen. Nach israelischen Medienberichten soll diesem Anliegen jedoch nur eingeschränkt entsprochen werden, wobei Details noch nicht bekannt sind. Präsident Bush gesteht Israel einerseits das Recht zu, sich nicht voll und ganz auf die Grenzen von 1967 zurückziehen zu müssen. Andererseits ist er nicht bereit, die zu annektierenden Gebiete präzise zu benennen.

In der Flüchtlingsfrage scheint Bush den israelischen Forderungen nachzukommen: In den schriftlich fixierten Garantien, die im Rahmen der Gespräche übergeben werden sollen, soll das Rückkehrrecht auf den künftigen palästinensischen Staat begrenzt

und Israel explizit ausgeklammert werden, so israelische Zeitungsberichte. Ein weiteres Zugeständnis zeichnet sich in der Frage der Terrorbekämpfung ab: Auch in Zukunft soll Israel das Recht zu eigener Terrorbekämpfung haben. Jeder internationale Anti-Terror-Plan, der dies nicht berücksichtigt, werde von den USA nicht akzeptiert.

Was den Trennungsaun betrifft, so scheint es Sharon und den US-Sonderbeauftragten Hardly, Abrams und Burns noch nicht ganz gelungen, sich auf einen genauen Verlauf festzulegen. Die israelische Seite erwartet von den USA öffentliche Akzeptanz der neuen Route, nachdem einige kleinere Korrekturen an weniger sicherheitsrelevanten Stellen vorgenommen wurden. Wirtschaftlich erhofft Israel sich von der US-Administration eine kräftige Finanzspritze zur Entwicklung der an den Gazastreifen angrenzenden Negev-Region. Sollte Sharon Bush diese Zugeständnisse oder zumindest einen ansehnlichen Teil abringen, könnte dieses Ergebnis große Teile der gemäßigten israelischen Rechten beschwichtigen und zu einer Mehrheit für den *Disengagement-Plan* führen.

Während in den palästinensischen Autonomiegebieten und in

vielen Staaten der arabischen Welt noch über den Tod Scheich Jassins getrauert wird – und vermutlich Aktionen zu seiner Rächung vorbereitet werden, versucht die israelische Bevölkerung ihre Angst vor Attentaten zu verdrängen. Über das Pessachfest werden die besetzten Gebiete hermetisch abgeriegelt; Alarmstufe C, die höchste Stufe vor dem Notstand, wurde ausgerufen, und das Militär ist bereit für weitere Einsätze in den besetzten Gebieten. Äußerlich scheint sich nicht viel geändert zu haben an „the situation“, wie dieser Zustand mittlerweile von der Bevölkerung genannt wird.

Der von der Mehrheit der Israelis grundsätzlich akzeptierte *Disengagement-Plan* wird aber bereits als ein entscheidendes Instrument, als Fortschritt auf dem Weg zur Lösung des Konflikts angesehen. Dabei ist den meisten bewusst, dass dieser Abzug nur ein äußerst bescheidener Anfang sein kann, eine unbestimmte Chance, die Situation zu entspannen und einem friedlichen Ausgleich mit den palästinensischen Nachbarn ein Stück näher zu kommen.

Hermann Bünz

Herzliya, 4. April 2004

Ansprechpartnerin:

Elisabeth Schumann-Braune Elisabeth.Schumann@fes.de
Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Tel: 030 / 26935-738
Fax: 030 / 26935-729